

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
ich danke für die Gelegenheit, zu euch sprechen zu dürfen. Am 1. Mai 2023 möchte ich euch zu einem Blick in die Geschichte einladen:

Vor 90 Jahren begann der 1. Mai mit Versammlungen in den Betrieben, dann gab es „Festzüge von nie gesehenem Ausmaß“ wie die Bergische Wacht am 2. Mai 1933 schreibt. Gemeldet werden Veranstaltungen nicht nur in Gummersbach, sondern auch in Lindlar, Hartegasse, Engelskirchen, Ründeroth, Dieringhausen, Marienheide und Morsbach. In Dieringhausen sollen 1000 Menschen dabei gewesen sein, in Gummersbach 10.000.

Was war das für ein 1. Mai? Drei Monate vorher, am 30. Januar 1933, waren die Nazis an die Macht gekommen. Als erstes hatten sie die Kommunisten eingesperrt, dann die Sozialdemokraten und dann begann die Hetze gegen die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger: Am 1. April zogen SA-Horden vor die jüdischen Geschäfte und Praxen – auch dort drüben, wo jetzt die Filiale der Barmer ist, standen sie. Dort wohnte und praktizierte das Ehepaar Simons mit der ersten Kinderarztpraxis in Gummersbach. Weil Dr. Alfred Simons aus einer jüdischen Familie stammte, wurden seine Frau Sophie und er boykottiert. (Später mussten sie aus Deutschland fliehen, die Mutter Hulda Simons wurde ermordet.) Am 7. April wurden per Gesetz die jüdischen Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Aber noch gab es die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften. Bei den Betriebsratswahlen im März 1933 hatten die Nazi-Listen nur ein Viertel der Stimmen erhalten. Um sich der Gewerkschaften zu entledigen, wurde der 1. Mai missbraucht. Der internationale Tag der Arbeiterbewegung wurde seit 1890 in vielen Ländern mit Demonstrationen und Kundgebungen begangen, oft begleitet von Unterdrückungsmaßnahmen durch Staat und Polizei. Die Nazis machten den 1. Mai zum Feiertag, aber sie verdrehten seine Bedeutung: Sie machten aus dem internationalen Tag der Arbeiterbewegung den „Tag der NATIONALEN Arbeit“. Es ging um Nationalismus und um „pflichttreue Hingabe an die Nation“, wie es Hindenburg in seiner Ansprache in Berlin forderte. Von gerechtem Lohn war nicht die Rede, die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit wurden geleugnet, die Jugend sollte wieder „Ein- und Unterordnung, Manneszucht und Opfergeist lernen“ (wieder aus der Rede Hindenburgs).

Die „Ein- und Unterordnung“ machten die Nazis sofort am nächsten Tag klar: Am 2. Mai um 12 Uhr mittags wurden in einer koordinierten Aktion sämtliche Häuser des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Arbeiterbanken von SA und SS besetzt, die Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet, ebenso die Redakteure der Gewerkschaftszeitungen. Aus Sicht der Nazis hatten die Gewerkschaften mit ihrer Beteiligung am 1. Mai ihre Schuldigkeit getan, jetzt wurden sie nicht mehr gebraucht und zerschlagen.

Organisiert wurde der Angriff auf die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland von einem Oberberger: Robert Ley, der auch als „Reichstrunkenbold“ bekannt war, ein verurteilter Randalierer, ein geifernder Antisemit. Er überführte die Gewerkschaften in die „Arbeitsfront“, in der sollten Unternehmer und Arbeitende gemeinsam zum „größten Nutzen der Volksgemeinschaft“ wirken – das war nicht zufällig auch der größte Nutzen für

die Besitzer der Fabriken. Das Streikrecht war abgeschafft, eine Interessenvertretung der Beschäftigten gab es nicht mehr.

Warum belästige ich euch mit diesem alten Kram?

Das Beispiel von 1933 zeigt, wie schnell eine entschlossene Bande von Antidemokraten eine Gesellschaft in eine Diktatur verwandeln kann, in der innerhalb eines Vierteljahres die Arbeiter und Angestellten ihre Rechte verloren.

Viele – auch große Teile der Gewerkschaften – hatten die Nazis unterschätzt. Selbst nachdem Ende März das Ermächtigungsgesetz das Parlament entmachtet hatte, selbst nachdem die ersten KZs eingerichtet waren hofften die Gewerkschaften noch immer, durch die Beteiligung am „Tag der nationalen Arbeit“ von der Verfolgung verschont zu bleiben. Als sie erkannten, dass sie getäuscht worden waren, war es zu spät.

Die Arbeiterbewegung war in der Zeit vor 1933 in Deutschland tief zerstritten:

Sozialdemokraten und Kommunisten bekämpften sich gegenseitig. Auch die Gewerkschaften waren sich nicht einig: Es gab nicht nur den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, sondern zahlreiche weitere Gewerkschaften, die sich in ihrer politischen Ausrichtung unterschieden und die die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Angestellten und von Beamteten jeweils getrennt zu vertreten versuchten.

Und als dann Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, rief ein Teil der Gewerkschaften zum Generalstreik auf, ein anderer Teil rief zu „Besonnenheit“. So gab es keine gemeinsame Aktion der Arbeiterbewegung gegen die Nazis, statt dessen am 2. Mai eine konzertierte Aktion der Nazis gegen die Arbeiterbewegung.

Alle, die sich vorher über den richtigen Weg gegen die Gefahr von Rechts zerstritten hatten, fanden sich dann gemeinsam in den KZs wieder.

Das ist der Grund, warum nach 1945 so viel Gewicht auf den Aufbau der Einheitsgewerkschaft gelegt wurde. Eine starke, geeinte Gewerkschaft ist eine wichtige Errungenschaft – in den laufenden Tarifauseinandersetzungen, aber auch im Kampf gegen rechten Populismus, im Kampf gegen Ausgrenzung und für Solidarität.

Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich einig sein im Kampf gegen Rechts. Es darf nicht geschehen, dass wie jetzt in Berlin ein Bürgermeister auch nur in den Verdacht kommt, mit AfD-Stimmen ins Amt gewählt worden zu sein! Die klare Kante gegen Rechts muss zum Grundprinzip der Politik werden.

Dumme Sprüche im Stil von „Jeder ist seines Glückes Schmied“, die Egoismus, Einzelkämpfertum und Ellenbogenmentalität als Lebensstil anpreisen, haben uns dahin gebracht, dass heute die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit bedroht sind. Die Probleme von heute lassen sich nicht mit den Marktprinzipien eines Adam Smith aus dem 18. Jahrhundert lösen. Und auch nicht mit dem lebensgefährlichen Populismus von Autokraten und Nationalisten wie Putin oder Trump, wie Ergogan oder Orban – leider sind es zu viele, um alle aufzuzählen.

Was wir brauchen, ist eigentlich ganz einfach: Solidarität, Gerechtigkeit und Respekt – weltweit. Dafür stehen die Gewerkschaften und ich bin stolz, seit 50 Jahren dazu zu gehören.